

## Wahlprüfsteine der Seebrücke Bochum für die Kommunalwahl 2020

Anmerkung: Die CDU hat die einzelnen Fragen nicht beantwortet, sondern verweist nur auf ihr Kommunalwahlprogramm. Daher wird sie im Weiteren nicht separat aufgeführt.

### 1. Einsetzen auf allen Ebenen für eine kommunale Aufnahme

Bochum hat sich im Sommer 2019 zum sicheren Hafen erklärt. Dies war ein guter erster Schritt, jedoch kommen weiterhin kaum Menschen in Bochum an. Zwischen März und Mai 2020 wurde Bochum nur eine einzige Person zugewiesen. Wir fordern, dass sich Bochum auf allen Ebenen insbesondere gegenüber dem Land NRW und der Bundesregierung, für die Rettung von Menschen auf der Flucht aus dem Mittelmeer, aus den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln und aus den sonstigen Lagern an den Außengrenzen der Europäischen EU einsetzen.

a) Welche Maßnahmen möchten Sie umsetzen, damit Bochum als sicherer Hafen mehr Menschen aufnimmt?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Die Aufnahmebereitschaft für geflüchtete Menschen ist in vielen deutschen Kommunen hoch. Mehr als 100 Kommunen haben ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Dem haben sich auch die Landesregierungen angeschlossen. Eine gleichmäßige Verteilung auf diese aufnahmebereiten Kommunen führt zwangsläufig zu ge-	Die Möglichkeiten auf Aufnahme und Zuweisungen real Einfluss zu nehmen sind – wie das jüngste Beispiel des Landes Berlin zeigt – sehr begrenzt. Gleichwohl wollen wir die bereits begonnene Kooperation mit den anderen Sichere-Häfen-Städten intensivieren, und so noch mehr Druck ausüben. Und wir werden im Zusammenspiel mit	Wir haben uns lange für einen entsprechenden Beschluss eingesetzt. So hat DIE LINKE die vom Bochumer Seebrücke-Bündnis formulierten Forderungen bereits im November 2018 als Antrag in den Rat eingebracht. Daher freut es uns, dass der beharrliche Druck letztendlich dazu geführt hat, dass es im Juli 2019 endlich eine Mehrheit gab. Wir fordern,	Wir haben uns im Rahmen unserer Möglichkeiten als kommunales Wahlbündnis dafür eingesetzt, dass Bochum mehr Menschen aufnimmt und werden dies auch weiterhin tun.	Die Stadt Bochum hat mehrfach gegenüber Bund und Land zum Ausdruck gebracht, solidarisch mit anderen „sichere Häfen“ Städten, zusätzlich Menschen die auf der Flucht sind aufzunehmen. Dieses Angebot Bochums gilt weiter unbefristet, ist jedoch auf die Mitwirkung anderer staatlicher Aufgabenträger angewiesen und wird	Die STADTGESTALTER setzen sich ein für die Rettung von Menschen auf der Flucht, aus dem Mittelmeer, aus den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln und aus sonstigen Ländern an den Außengrenzen der EU. Aber auch die Unterbringung der Flüchtlinge in den Lagern der Türkei,

<p>ringen Personenzahlen in Bochum. Die FDP setzt sich dafür ein, dass ein gerechter europäischer Verteilungsschlüssel gefunden wird. Bis dieser in Kraft tritt halten wir an der Verteilung entsprechend des Dublin-Abkommens fest.</p>	<p>den grünen Fraktionen in Land und Bund nicht nachlassen, entsprechende Forderungen zu stellen.</p>	<p>dass sich die Stadt auch auf Führungsebene zu diesem Thema mit anderen Städten vernetzt und auch offiziell dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beiträgt, um den Druck auf Bund und Land zu erhöhen. Aber auch direkt vor Ort kann die Stadt Bochum mehr tun – zum Beispiel, indem sie gegenüber der Landesregierung erklärt, dass sie auf die Sonderabsprachen im Zusammenhang mit der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) verzichtet, die dazu führen, dass unsere Stadt aktuell deutlich weniger Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernimmt als viele vergleichbare Städte.</p>		<p>regelmäßig wiederholt. Auch die Abgeordneten der SPD in Bund, Land und in Europa wiederholen diese Zielrichtung</p>	<p>sehen die STADTGESTALTER kritisch.</p> <p>Zu den Aufgaben der Stadt Bochum zählt allerdings nicht, zu bestimmen, welche Flüchtlinge wann, von welchem Land in der EU aufgenommen werden. Im Rahmen der Stadtpolitik setzen sich die STADTGESTALTER dafür ein, dass die Stadt bereit ist weitere Flüchtlinge aufzunehmen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

b) Welche Anstrengungen möchten Sie unternehmen, um sich gemeinsam mit anderen Kommunen für ein Landesaufnahmeprogramm in NRW einzusetzen?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
-----	-------	-------	---------------	-----	----------------

<p>Wir unterstützen die Bestrebungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der FDP-NRW, eine gemeinsame Linie der Bundesländer und der Bundesregierung zur Aufnahme von Geflüchteten zu finden, die über die Verpflichtungen des Dublin-Abkommens hinaus gehen, um z. B. die Situation im Flüchtlingslager Moria zu entspannen.</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>b) Auch hierfür ist eine vertiefte Vernetzung der „sicheren Häfen“ in NRW notwendig. Wir fordern, dass die Stadt Bochum an ihr nicht nur teilnimmt, sondern sie auch aktiv organisatorisch und mit den notwendigen Ressourcen vorantreibt. Der Oberbürgermeister kann dafür auch persönlich bei der Landesregierung vorstellig werden. Insgesamt wollen wir Bochum zu einem Motor für menschenrechtsorientierte Kommunalpolitik in NRW machen. Auch auf Landesebene und im Bundestag setzt sich DIE LINKE für Landesaufnahmeprogramme ein. Dass Innenminister Horst Seehofer als Verantwortlicher der von CDU/CSU und SPD gebildeten Bundesregierung die Rettung von Menschen aus überfüllten Lagern in Griechenland blockiert, ist ein Skandal. (Vgl. dazu auch <a href="https://www.dielinke-nrw.de/parlament/bundestag/detail-bundestag/news/seehofers-verweigerungshaltung-ist-erbaermlich/">https://www.dielinke-nrw.de/parlament/bundestag/detail-bundestag/news/seehofers-verweigerungshaltung-ist-erbaermlich/</a>)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

## 2. Kommunale Patenschaft für eine Mission eines Seenotrettungsschiffes

Wir fordern, dass die Stadt Bochum aktiv die Seenotrettung unterstützt. Hierfür soll sie die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernehmen oder sich aktiv daran beteiligen.

a) Wie positionieren Sie sich zu der aktiven Beteiligung oder Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Die Rettung von Menschen in Seenot ist Aufgabe der EU und muss von dieser organisiert werden. Eine aktive Beteiligung an der zivilen Seenotrettung ist keine kommunale Aufgabe.	Wir wollen, dass die Stadt Bochum sich an einer Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff beteiligt.	DIE LINKE macht auf allen Ebenen Druck auf die Bundesregierung, endlich das Sterben auf den Meeren zu beenden. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Beseitigung von Fluchtursachen ein und auch hier vor Ort für eine menschenrechtsorientierte Politik. Bereits in der Vergangenheit hat die Bochumer LINKE im Rat gefordert, dass Bochum in Notsituationen konkret Hilfe anbietet. Zum Beispiel haben wir Oberbürgermeister Thomas Eiskirch aufgefordert, Außenminister Heiko Maas die Aufnahme der Menschen in Bochum anzubieten, die das spanische	Diese Idee ist sehr gut und wir unterstützen sie. Eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff muss unbedingt auf die Tagesordnung des neuen Rates!	Die SPD Bochum spricht sich gegen eine kommunale Patenschaft für eine Mission eines Seenotrettungsschiffes aus, da diese Maßnahme u.E. nur einen rein symbolischen Charakter hat und keine kommunale Aufgabe ist. Bochum konzentriert sich auf das, was direkt im eigenen Handeln für Menschen auf der Flucht umsetzbar ist – und das ist die Unterbringung und Integration in unserer Stadt	Zu den Aufgaben der Stadt Bochum zählt nicht ein Seenotsrettungsschiff finanziell zu unterstützen. Auch ist das keine kommunale freiwillige Aufgabe und damit eine Bereitstellung städtischer Finanzmittel dafür nicht möglich. Auch die Übernahme einer Patenschaft für ein Anliegen, dass nicht die Stadt Bochum zum Gegenstand hat, wird rechtlich eher nicht möglich sein. Bei Vorlage eines Konzeptes, wäre ggf. eine symbolische Unterstützung durch die STADTGESTALTER als einer von vielen Paten selbst möglich.

		Fischerboot Nuestra Madre de Loreto gerettet hat. Zu dem Zeitpunkt verweigerten alle Mittelmeerlande dem Boot die Einfahrt in einen Hafen, der Treibstoff wurde knapp.			
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

### 3. Dezentrale Unterbringung — gerade auch in Zeiten von Pandemien:

In Bochum leben zurzeit 651 Menschen in sogenannten "Übergangwohnheimen" und mobilen Wohnanlagen, also in Sammelunterkünften (Stand Mai 2020). Wir fordern, dass geflüchtete Menschen dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, dass die Unterbringung geflüchteter Menschen in großen zentralen Gemeinschaftsunterkünften problematisch ist. Das Infektionsrisiko ist in Wohnheimen ohne separierte Wohn-, Ess- und Sanitärbereiche erwiesenermaßen erhöht.

a) Wie garantieren Sie die Umsetzung des Unterbringungs- und Betreuungskonzepts der Stadt Bochum, welches zwar beschlossen, jedoch nie vollständig umgesetzt wurde?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Für die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ist es erforderlich, dass geeigneter Wohnraum vorhanden ist. Um diesen zu schaffen, agieren wir nach dem Motto „Bauen, Aufstocken, Lücken nutzen“. Darüber hinaus stellt gerade auch die VHS einen wichtigen Anlaufpunkt z. B. für den Spracherwerb dar. Dies in die Betreuung und Angebote zu integrieren, halten wir für sinnvoll und zielführend.</p>	<p>Wir werden weiter an der Umsetzung (z.B. Unterbringung in Privatwohnungen, Verbesserung des Betreuungsschlüssels) arbeiten. Realen Situationen sollte aber auch Rechnung getragen werden, z.B. in Fällen in denen Personen nicht in der Lage sind in einer eigenen Wohnung zu leben.</p>	<p>Seit der Veröffentlichung des Unterbringungs- und Betreuungskonzepts im Jahr 2015 weisen wir immer wieder darauf hin, dass die Stadt Bochum ihre eigenen Standards der menschenwürdigen Unterbringung fortwährend nicht einhält. In den vergangenen fünf Jahren waren wir die einzige Stimme im Rat, die beständig eingefordert hat, dass sich das endlich ändert. Angesichts der geringen bis überhaupt nicht mehr vorhandenen Aufnahmezahlen können sich die Verantwortlichen unserer Meinung nach</p>	<p>zu a) und b): Das Unterbringungs- und Betreuungskonzept muss umgesetzt werden. Auch das muss im neuen Rat auf die Tagesordnung. Dabei ist sicherzustellen, dass der unter b. beschriebene Personenkreis besonders berücksichtigt wird. In diesem Konzept müssen auch Fragen der dezentralen Unterbringung und dem Zugang zum Wohnungsmarkt geklärt werden.</p>	<p>zu a) bis f): Die Stadt Bochum garantiert jedem Menschen auf der Flucht, der Bochum zugewiesen wird, in Bochum eine Unterkunft, Verpflegung und die Integration in die Stadtgesellschaft. Die Unterbringung erfolgt in verschiedensten Unterkünften, das Ziel der Unterbringung in einer eigenen Wohnung hat dabei Priorität. Vorkehrungen zum Schutz von Geschlechtern, Nationalitäten etc. werden stets berücksichtigt. Auch der aktuelle Pandemicschutz ist, gerade</p>	<p>zu a) und b): Wie bei vielen Beschlüssen des Rates, kontrolliert der Rat leider nicht deren Umsetzung. Das muss zukünftig generell anders organisiert werden. Die Verwaltung sollte zu jeder Maßnahme einen Zeitplan bzw. einen verbindlichen Umsetzungstermin nennen, zu dem dann berichtet werden muss, dass eine Maßnahme umgesetzt wurde bzw. warum das nicht geschehen konnte und wann die Umsetzung jetzt erfolgen wird.</p> <p>In dem Betreuungs- und Unterbringungs-</p>

		<p>auch nicht mehr mit irgendwelchen Sachzwängen herausreden. Eine vollständige Umsetzung des Konzepts, das zumindest kleinere Sammelunterkünfte mit maximal 80 Bewohner*innen sowie einen besseren Betreuungsschlüssel vorsieht, wäre möglich. Die Wahrheit ist leider: Angesichts der Blockade von SPD und Grünen in dieser Frage gibt es dafür aktuell keine Mehrheit in den Gremien. Als LINKE treten wir zur Kommunalwahl an, um die Mehrheitsverhältnisse in solchen Fragen hin zu einer sozialen und solidarischen Politik zu verschieben. In unserem Kommunalwahlprogramm fordern wir nicht nur die verbindliche Einhaltung der 2015 festgelegten Standards, sondern auch: „Mittelfristig müssen die</p>		<p>auch in den Gemeinschaftsunterkünften, die derzeit durchschnittlich nur zu 60 % ausgelastet sind, stets sichergestellt. Soziale Angebote, wie ein regelmäßiger Frauentreff, Sprechstunden städtischer Kinderkrankenschwestern und Hebammen oder Einzelberatungen sind implementiert. Mit dem Handlungskonzept Wohnen verfügt die Stadt Bochum, auf Initiative der Fraktionen von SPD und Die Grünen, über ein Programm zur Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Gerade hier zeigt sich auch, dass die kommunal ausgerichtete VBW Bauen und Wohnen GmbH einen hohen Anteil bei der Unterbringung von Menschen auf der Flucht leistet.</p>	<p>konzept sind wirksame Vorkehrungen zur Unterbringung besonders schutzbedürftiger Menschen mit umzusetzen.</p>
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		Standards der Unterkunft auf das Niveau angehoben werden, das auch für alle anderen Bochumerinnen und Bochumer gegenüber dem Jobcenter und den Sozialbehörden gilt." (Kommunalwahlprogramm der Bochumer LINKEN 2020-2025, S. 61)			
--	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

b) Welche Vorkehrungen werden Sie treffen, damit besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (z.B. hier alleinlebende Frauen, traumatisierte Menschen, Risikopatient\*innen) sicher untergebracht werden und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt werden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Die sichere und bedarfsgerechte Unterbringung entsprechend gesundheitlicher und weiterer Anforderungen soll durch die Stadt gewährleistet werden. Dies deckt sich mit den Bestrebungen einer dezentralen Unterbringung, da	Für besonders schutzbedürftige Personen braucht es geeignete Wohnungen.	Wir wollen, dass keine Unterkunft mehr ohne ein vorliegendes gutes Schutzkonzept für besonders schutzbedürftige Menschen betrieben wird. Grundsätzlich sagen wir: Der Betrieb von Unterkünften ist unserer Meinung nach eine Aufgabe, die die Stadt selbst erfüllen sollte. Sie sollte lediglich Aufträge zum Beispiel für die sozialarbeiterische Betreuung an erfahrene und kompetente Träger vor Ort vergeben. Daher sprechen wir uns gegen die Komplettvergabe der Unterkünfte durch europaweite Ausschreibungen aus, die problematischen kommerziellen Anbietern wie zum Beispiel European Homecare Tür und Tor öffnen. Falls die Stadt dennoch solche Komplettvergaben durchführt, muss sie in jedem Fall gewährleisten, dass kein Anbieter ohne ein von Fachleuten überprüftes und für gut befundenes Schutzkonzept einen Zuschlag erhalten kann. Außerdem muss eine	siehe a)	siehe a)	siehe a)

hier gezielt auf Einzelfälle eingegangen werden kann.		engmaschige Evaluierung und Überprüfung im Betrieb erfolgen, die gewährleistet, dass Theorie und Praxis auch übereinstimmen.			
-------------------------------------------------------	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

c) Welche Bedeutung messen Sie der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen zu?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Wir halten die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten für sinnvoll, wann immer sie möglich ist. Bei hohen Flüchtlingszahlen sind zentrale Unterbringungen in der Anfangszeit jedoch aus praktischen Erwägungen unumgänglich.</p>	<p>Wir wollen möglichst viele Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen und die notwendige Betreuung sicherstellen.</p>	<p>Das Leben in Sammelunterkünften bedeutet häufig: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Wir fordern ganz eindeutig die dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Sammelunterkünften als Regelfall. Wo das nicht möglich ist, müssen große Unterkünfte durch kleinere Einrichtungen ersetzt werden, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken. Sie müssen aus abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Küche und sanitären Einrichtungen bestehen und dürfen nicht überbelegt werden. Außerdem fordern wir, dass auch das dritte Gebäude der städtischen Unterkunft Wohl-</p>	<p>zu c) bis f): Wohnen ist ein Grundrecht! Die politisch Verantwortlichen haben zusehen, wie der soziale Wohnungsbau den Bach abgegangen ist. Den aus der sozialen Bindung herausgefallenen Wohnungen wurden kaum Neubauten entgegengesetzt. Das Primat lag auf den Bau von Eigenheimen für den Mittelstand.</p> <p>Die regierenden Parteien haben der Privatisierung und der Herausbildung von großen (profitorientierten) Wohnungskonzernen tatenlos zugehört. Im Fokus ist dabei auch die Wohnungsgesellschaft „VBW“, an der die Stadt über die Sparkasse und Stadtwerke beteiligt ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass jährlich über Mieterhöhungen steigende Umsatzerlöse erzielt werden, um Gewinne in Millionenhöhe an die Stadt abzuführen. Ich unterstütze daher</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>zu c) bis f): Die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge sollte vorrangiges Ziel des Betreuungs- und Unterbringungskonzeptes sein. Gegenstand der Betreuung sollte auch die Hilfe bei der Anmietung von Wohnungen sein. Ziel der Hilfe sollte es sein, die Flüchtlinge in die Lage zu versetzen, soweit möglich, selbständig Wohnungen zu finden und anzumieten. Die Betreuungsangebote müssen ohnehin mehr auf die individuellen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden, dem steht eine dezentrale Unterbringung nicht entgegen. Wichtig sind persönliche Ansprechpersonen, „Kümmerer“, die eine</p>

		<p>fahrtstraße zu abgeschlossenen Wohnungen umgebaut wird.</p>	<p>die Forderung des Mietervereins, die VBW wieder zu Rekommunalisieren.</p> <p>Die VBW kann bei der Wohnungsversorgung von Flüchtlingen eine wichtige Rolle spielen.</p>	<p>optimale Betreuung gewährleisten können und angepasst auf die jeweiligen Bedürfnisse passende Angebote, der Stadt, der Vereine von Ehrenamtlichen u.a. vermitteln können.</p> <p>Die durchschnittlichen Mietpreise liegen in kaum einer Großstadt niedriger als in Bochum. In vielen Großstädten liegen sie doppelt bis dreimal so hoch. In den Segmenten, in denen Knappheit an Wohnraum besteht, sollte die Stadt gezielt bei Neubau oder Modernisierungsprojekten Anreize dafür setzen, dass bevorzugt dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird.</p> <p>Wenn wir Integration wirklich leben möchten, benötigen wir eine Durchmischung aller Einwohner*innen und ein gut funktionierendes Miteinander im Stadtteil. Daher setzen wir uns für mehr Gemeinschaft in den Stadtteilen ein.</p>
--	--	----------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

d) Wie werden Sie dafür sorgen, dass Flüchtlinge auf dem regulären Wohnungsmarkt eine geeignete Wohnung finden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Damit Flüchtlinge eine Wohnung auf dem regulären Wohnungsmarkt finden können, ist einerseits eine zügige Klärung der Bleibeperspektive erforderlich und andererseits müssen hierfür ausreichend Wohnungen vorhanden sein. Die Schaffung von ausreichend Wohnraum ist ein Kernanliegen der FDP Bochum.</p>	<p>Der reguläre Wohnungsmarkt ist seit einiger Zeit angespannt. Darauf hat die Stadt mit dem Handlungskonzept Wohnen reagiert, das mittlerweile greift. Zusätzlicher Wohnraum entsteht gerade. Gleichwohl ist und bleibt der Wohnungsmarkt für bestimmte Gruppen schwerer zugänglich: Einkommensschwache Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte usw. Nur zum Teil wird das über Belegungsrechte aufgefangen. Deshalb muss auch in den nächsten Jahren zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Gleichzeitig müssen Hilfen intensiviert werden: Die früheren Flüchtlingsbüros haben sich weiterentwickelt. Als Stellen für „Integration, Netzwerkarbeit und Ehrenamt im Stadtteil“ (INES) sollen sie allen Zugewanderten, aber auch ehrenamtlich Helfenden mit Rat und Tat zur Seite stehen. Hilfe bei der Wohnungsname ist ein wichtiger Aspekt dabei. Dieses Angebot wollen wir personell ausbauen.</p>	<p>Obwohl die Unterbringung in Containern und anderen Sammelunterkünften für die Stadt nachweislich teurer ist als die menschenwürdigere Unterbringung in Wohnungen, existieren eine Reihe von Regelungen, die Geflüchteten aus dem meisten Herkunftsländern die Anmietung einer eigenen Wohnung erschweren bzw. verunmöglichen. Wir wollen alle bürokratischen Hürden und Regelungen abschaffen, mit denen die Stadt die Anmietung von Privatwohnungen erschwert. Außerdem wollen wir das von der Stadt Bochum abgeschaffte „Übergangsmanagement“ wieder einführen. Dabei handelt es sich um ein sozialarbeiterisches Angebot, das die Betroffenen konkret und individuell bei der Wohnungssuche unterstützt hat. Die Mitarbeiter*innen der AWO, Ifak und Caritas, die in diesem Bereich aktiv waren, haben nach unserer Meinung eine gute und sehr wichtige Arbeit geleistet. Dass die Stadt die Verträge mit ihnen auslaufen lässt, um das Geld nicht mehr ausgeben zu müssen, war ein riesiger Fehler.</p> <p>Außerdem ist ein sozialer Kurswechsel in der Wohnungspolitik notwendig, für den wir uns mit aller Kraft einsetzen. (Siehe dazu Antwort 3f)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>siehe c)</p>

e) Wie werden Sie gewährleisten, dass auch dezentral untergebrachte Flüchtlinge durch mobile, soziale Betreuungsangebote versorgt werden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Um auch bei dezentraler Unterbringung eine bestmögliche Betreuung zu gewährleisten, sind beispielsweise digitale Angebote wie die App „Welcome to North Rhine-Westphalia!“ der Landesregierung eine sinnvolle Möglichkeit, um zielgenaue Betreuungen zu schaffen	Durch entsprechende Verträge mit Trägerorganisationen der Wohlfahrtspflege.	Ein Ausbau von dezentralen und aufsuchenden Unterstützungs- und Betreuungsangeboten sowie niederschweligen Auflaufstellen ist unbedingt notwendig. Dafür setzen wir uns ein. Insgesamt müssen die Betreuungsschlüssel erhöht werden. Da dezentrale Unterbringung im Vergleich zu den Sammelunterkünften für die Stadt günstiger ist, würde auch Geld für den Ausbau mobiler sozialer Angebote frei werden. Dennoch sind höhere Investitionen in den sozialen Bereich notwendig, um insgesamt die Unterstützungsstrukturen in unserer Stadt auszubauen.	Siehe a)	Siehe a)	siehe c)

f) Wie wollen Sie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördern?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Um zukünftig den Bedarf an Wohnraum in zentralen Lagen besser zu erfüllen, setzen wir vermehrt auf Hochbau. Statt Baulücken zu schließen, wollen wir die Geschossflächenzahlen signifikant angeheben. Baulücken werden als aufwertende Grünflächen genutzt. Die benötigten Flächen werden dafür im Gegenzug durch die höheren Bauweisen erlangt. Darüber hinaus befürworten wir gemischte Nutzungskonzepte aus Wohn-,	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau (privat 40%, städtisch 50%),</li> <li>• Belegungsrechte langfristig sichern</li> <li>• Wohnraumförderung im Bestand initiieren</li> <li>• große Wohnungen für große Familien</li> <li>• eine Zweckentfremdungssatzung</li> <li>• VBW stärker gemeinwohlorientiert steuern und vollständig kommunalisieren</li> </ul>	<p>Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in unserer Stadt 25.000 Wohnungen, die sich Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Mietpreisniveau zu stabilisieren, schlägt die Bochumer LINKE folgende kommunale Maßnahmen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eindeutige Priorität für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau gegenüber profitorientierten Projekten.</li> </ul>	Siehe a)	Siehe a)	siehe c)

<p>Gewerbe und Naherholungsmöglichkeiten. Dort, wo bestehende Gebäude nicht aufstockbar sind, wollen wir ein Dachausbauprogramm anbieten, um die Aktivierung ungenutzter Flächen in Dachstühlen zu ermöglichen und so neuen Wohnraum im Bestand zu schaffen.</p> <p>Um den Bedarf nach ruhigen Wohnlagen zu decken, wollen wir ausreichend Neubaugebiete in von Familien häufig nachgefragten Lagen schaffen. Dies betrifft insbesondere noch unerschlossene Gebiete, Baulücken und Möglichkeiten zum Hochbau in der Nähe von Stadtteilzentren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• größere Projekte werden nach Erbbaurecht vergeben, dabei wird eine Einstiegsrente festgelegt,</li> <li>• das Erbbaurecht soll an Mietobergrenzen und eine langfristige Bindung an diese gekoppelt werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir wollen die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umbauen. Aktuell verpflichten SPD, CDU und Grüne die VBW dazu, Milliongewinne zu machen und an die Stadt abzuführen. Das wollen wir ändern.</li> <li>• Bis der Umbau der VBW zum gemeinwohlorientierten Unternehmen abgeschlossen ist, wollen wir einen Mietendeckel bei der VBW einführen. Neuvermietungen dürfen keinesfalls zu Preisen oberhalb des Mietspiegels erfolgen.</li> <li>• Bei allen kommunalen Förderprogrammen muss festgeschrieben werden, dass nur Maßnahmen förderfähig sind, durch die sich die Warmmiete nicht erhöht.</li> <li>• Mit einer Wohnraumschutzsatzung wollen wir längerfristige Wohnungsleerstände, Umnutzungen und Abrisse genehmigungspflichtig machen.</li> <li>• Wir wollen die Quoten für öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum deutlich erhöhen. Sie müssen verbindlich für alle Bauprojekte gelten.</li> <li>• Um bestehende Räume besser zu nutzen, wollen wir ein Leerstands-Kataster und ein Baulücken-Kataster erstellen lassen.</li> </ul>			
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

		<p>Bei Leerständen sollen die Vermieter*innen aktiv angesprochen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Wir wollen Bochums Kungelei mit der Immobilienwirtschaft beenden. Der in Bochum ansässige Vonovia-Konzern ist der größte Mietpreistreiber der Republik. Trotzdem genießt er im Rathaus eine privilegierte Sonderbehandlung. Wir wollen stattdessen eine Stadtverwaltung, die sich an die Seite der Mieterinnen und Mieter stellt.</li></ul>			
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

#### 4. Bleiberechtsmanagement implementieren: Entwicklung von Perspektiven für Langzeitgeduldete

In Bochum wohnen rund 450 Menschen schon länger von fünf oder mehr Jahren, deren Aufenthaltsstatus aus unterschiedlichen, meistens nicht selbst verschuldeten Gründen - nicht vollständig geklärt ist und sie deshalb nur geduldet sind. Menschen mit Duldungsstatus leiden unter rechtlichen und psychosozialen Einschränkungen. Wir fordern deshalb, dass die Stadt Bochum ein kommunales Bleiberechtsmanagement entwickelt und somit gemeinsam mit Langzeitgeduldeten eine Perspektive für einen Aufenthaltstitel entwickelt.

a) Was werden Sie unternehmen, um Kettenduldungen zu vermeiden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Wir unterstützen den Vorschlag des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der FDP-NRW Joachim Stamp, Geflüchteten, die mehr als drei Jahren bei uns leben, am Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben, unsere Sprache erlernt haben und straffrei geblieben sind, einen Aufenthaltsstatus auf Probe zu verleihen, der nach zwei weiteren Jahren in einen unbefristeten Aufenthaltsstatus münden könnte und die Einbürgerung ermöglicht. Diese und weitere Forderungen müssen im Rahmen</p>	<p>Kettenduldungen erschweren die Integration erheblich und schaffen zusätzliche Probleme. Ziel eines städtischen Bleibemanagements muss es sein, diese Menschen in einen regulären Status zu überführen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen, auch in Ausbildung und Beruf.</p> <p>Die Verwaltung hat in der letzten Sitzung der AG Flüchtlinge angekündigt, das Thema Bleiberechtsmanagement gemeinsam mit Akteur*innen des Initiativkreises zu vertiefen. Wir sehen den Ergebnissen mit großem Interesse entgegen. Wir werden</p>	<p>Teil unseres Kommunalwahlprogramms ist ausdrücklich die „Einführung eines kommunalen Bleiberechtsmanagements, um insbesondere Langzeitgeduldeten Perspektiven für einen gesicherten Aufenthaltsstatus in unserer Stadt zu eröffnen. Das jahrelange Leben in rechtlicher Unsicherheit hat für die Betroffenen schlimme psychosoziale Folgen. Ihnen wird die Teilnahme an Integrationskursen und ein uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, und sie erhalten nur Leistungen unterhalb des sowieso zu niedrigen</p>	<p>Den 450 Menschen muss in Bochum eine Perspektive gegeben werden. Der Forderung nach einem kommunalen Bleiberechtsprogramm stehen wir positiv gegenüber. Auch das, einschließlich Personal und Finanzausstattung, gehört auf die Tagesordnung des neuen Rates.</p>	<p>Das Ausländerbüro der Stadt Bochum hat in den letzten 2,5 Jahren rd. 270 Aufenthaltstitel geprüft, erteilt und damit ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen einen Verbleib in Deutschland ermöglicht. Eine lösungsorientierte kommunale Bleiberechtsprüfung – auch mithilfe der Härtefallkommission - ist also in Bochum längst implementiert. Die Stadt Bochum kann hier aber auch nur den rechtlichen Rahmen des Aufenthaltsgesetzes in ihren Ermessensspielraum aufnehmen. Es ist ferner darauf</p>	<p>Wir müssen schon vor Beginn einer Kettenduldung ansetzen (z. B. die Kosten der Passbeschaffung beim zuständigen Konsulat incl. Reisekosten übernehmen, um einen Aufenthaltstitel erwirken zu können. Auch sollte jede geduldete Person einer Ausbildung oder Arbeit (Arbeitserlaubnis als Vermerk in Duldung) nachgehen dürfen. Das Dokument einer Duldung sollte ebenfalls wie alle anderen Pässe ein Scheckkartenformat erhalten.</p> <p>Die gesetzlichen Vorgaben sind sonst allerdings von der Stadt umzusetzen und können von ihr</p>

eines Migrationsgipfel von Bund und Ländern besprochen und beschlossen werden, für den die FDP wirbt.	uns engagiert für eine substanzielle Verbesserung der Situation einsetzen, soweit die kommunale Ebene hier entscheidungsbefugt ist. Das Programm der Stadt Köln sehen wir als vorbildlich an.	Hartz-IV-Satzes. Um den betroffenen Bochumerinnen und Bochumern zu helfen, diese soziale und rechtliche Benachteiligung zu überwinden, soll die Stadt eine Task-Force bilden." (Kommunalwahlprogramm der Bochumer LINKEN 2020-2025, S. 62-63)		hinzuweisen, dass die vielfach nicht geklärte Identität der Menschen, vielfach auch mangels Mitwirkung der Betroffenen oder der Heimatstaaten, dazu führt, dass aufhältige Personen einen ungeklärten Status über Jahre haben.	auch nicht geändert werden.  Einem Bleiberrechtsprüfungsprogramm für Langzeitgeduldete stehen wir positiv gegenüber.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

b) Welche Bedeutung messen Sie einem kommunalen Bleiberechtsprogramm für langjährig geduldete Personen, wie z.B. dem Programm „Bleiberechtsprüfung für Langzeitgeduldete“ der Stadt Köln zu?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Die in Köln zur Anwendung gekommen Rechtsvorschriften werden in Bochum durch die Ausländerbehörde bereits aktuell proaktiv geprüft. Ein Programm ist dementsprechend nicht erforderlich.	Siehe a)	Die Stadt Köln ist in dieser Frage seit vielen Jahren schon wesentlich weiter als Bochum. Leider haben es Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und die Bochumer Rathaus-Koalition aus SPD und Grünen bisher versäumt, zumindest mit dem Kölner Programm gleichzuziehen. Wie bereits aus der vorherigen Antwort deutlich wird, wollen wir das ändern.	Siehe a)	Das Projekt „Langzeitgeduldete“ wurde in Köln durch einen Ratsbeschluss aus März 2018 initiiert und war auf die Fallgruppe der Menschen ausgerichtet, die bereits seit mehr als 8 Jahren in Köln im Status der Duldung leben. Diesem Personenkreis eröffnet § 25 b Aufenthaltsgesetz eine Bleibeperspektive. Nach dieser Vorschrift soll einem geduldeten Ausländer abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Aufenthaltsgesetz eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er sich nachhaltig in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland integriert hat. Dies setzt regelmäßig voraus, dass der Ausländer sich seit mindestens acht Jahren oder,	Siehe a)

				<p>falls er zusammen mit einem minderjährigen ledigen Kind in häuslicher Gemeinschaft lebt, seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufgehalten hat. Eine noch günstigere Regelung enthält § 25a Aufenthaltsgesetz für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende. Hier eröffnet bereits ein mindestens vierjähriger ununterbrochen erlaubter, geduldeter oder ein Aufenthalt mit einer Aufenthaltsgestattung ein mögliches Aufenthaltsrecht.</p> <p>Beide Rechtsvorschriften werden seitens der Ausländerbehörde nicht nur auf Antrag, sondern auch von Amts wegen geprüft. Eine vergleichbare interne städtische Regelung liefere somit ins Leere.</p>	
--	--	--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

## 5. Sprach- und Integrationskurse und Arbeitserlaubnis durch die Ausländerbehörde für alle Menschen — mehr Partizipation ermöglichen!

Möglichkeiten, die Sprache zu lernen, stehen nicht allen Neuankommenden in Bochum zur Verfügung. Geflüchtete ohne einen Anspruch auf Sprach- und Integrationskurse werden benachteiligt. Wir fordern deshalb, dass alle geflüchteten Bochumer\*innen an einem Sprach- oder Integrationskurs teilnehmen können. Bei Geflüchteten im Asylstatus ist eine Beschäftigung nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde möglich. Wenn Geflüchtete sich um eine Arbeit bemühen und Arbeitsverträge vorlegen können, die dem Arbeitsrecht entsprechen, sollte eine Beschäftigung schnell und zügig genehmigt werden. Nach 4 bis 6 Wochen Bearbeitungsdauer durch die ABH ist die Arbeitsstelle in der Regel anderweitig vergeben.

a) Was beabsichtigen Sie zu unternehmen, damit die Förderung des Spracherwerbs auch für diejenigen Flüchtlinge sichergestellt ist, die keinen Anspruch auf die Teilnahme an Integrationskursen und berufsbezogener Deutschsprachförderung haben?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Die Teilnahme an Integrationskursen sowie der berufsbezogene Spracherwerb für Geflüchtete ohne Bleibeperspektive ist nicht sinnvoll.	An der Volkshochschule wurden bereits mehrere Kurse für nicht anspruchsberechtigte Teilnehmer*innen mit Landesmitteln durchgeführt. Dieses Angebot wollen wir verstetigen. Mit dem an junge geduldete Erwachsene gerichteten Landesprogramm „Durchstarten“ tun sich in absehbarer Zeit zusätzliche Perspektiven auf. Ansonsten könnten solche Kurse auch aus den	Wir fordern in unserem Kommunalwahlprogramm ausdrücklich die Schaffung eines ausreichenden Angebots an Integrations- und Sprachkursen sowie Zugang für alle, die daran teilnehmen wollen. Es ist originäre Aufgabe der Stadt, hier endlich für ein entsprechendes Angebot zu sorgen, und dort, wo Mittel des Bundesamts oder des Jobcenters nicht zur Verfügung stehen, auch eine Finanzierung sicher-	Für die beschriebenen Fragen und Probleme werden wir uns im Sinne der Förderung der Integration einsetzen. Insbesondere ist auch eine schnelle Bearbeitung von Arbeitsverträgen notwendig. Mehr Personal und Finanzen sollen bereitgestellt werden.	Zu a) bis c): Der Spracherwerb im Aufenthaltsland zählt für die SPD Bochum zu den zwingenden Voraussetzungen aller Integrations-schritte. Hierfür haben wir in der Vergangenheit eine Vielzahl von Angeboten über das „Kommunale Integrationszentrum“ ermöglicht. Die Fortsetzung und Intensivierung dieser Angebote stehen weiter prioritär auf der Arbeitsagenda.	Die Stadt sollte auch für die Flüchtlinge ein Angebot zum Spracherwerb anbieten, die darauf keinen gesetzlichen Anspruch haben. Ein solches Angebot, kann durch Dritte bereitgestellt oder z.B. durch die VHS angeboten werden.  Die STADTGESTALTER beabsichtigen eine generelle Verwaltungsreform. Diese hat das Ziel die Abläufe in der Verwaltung deutlich zu beschleunigen. Dies ist gerade bei

	Mitteln der Integrationspauschale finanziert werden.	zustellen. Die Integrations- und Sprachlehrer*innen sollen außerdem fest angestellt und fair bezahlt werden.			<p>der Bearbeitung von Anträgen auf eine Arbeitserlaubnis von besonderer Wichtigkeit.</p> <p>Die STADTGESTALTER arbeiten derzeit an einem Konzept eines sogenannten „Maker-village“, bei dem insbesondere auch Flüchtlingen ermöglicht werden soll, auf Basis ihrer Fähigkeiten, beruflich Fuß zu fassen und sich zu verwirklichen.</p> <p>Hier soll es Flächen und Räume geben, wo Menschen sich beruflich ausprobieren und eigene (Geschäfts-)Ideen ohne großen Aufwand realisieren können.</p>
--	------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

b) Wie werden Sie sicherstellen, dass genügend Kapazitäten für spezifische Integrations- und Sprachkurse (z.B. Alphabetisierungskurse, Sprachkurse mit Kinderbetreuung) zur Verfügung gestellt werden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Hierfür wollen wir private Anbieter so-	Die VHS hat als Reaktion auf die Zuwanderung nach einem von rot-grün initiierten Be-	Durch entsprechende verbindliche und eindeutig zugeordnete Posten im städtischen Haushalt	Siehe a)	Siehe a)	siehe a)

<p>wie die Möglichkeiten der VHS einbeziehen, um Geflüchteten mit Anrecht auf Integrations- und Sprachkurse diese auch zu ermöglichen.</p>	<p>schluss die Kursangebote bereits 2016 massiv ausgebaut und dazu ein Gebäude am Westring längerfristig angemietet. So konnten bisher die Bedarfe im Wesentlichen (Sprach-, Integrations- und Alphabetisierungskurse) gedeckt werden. Daran wollen wir nichts ändern. Sprachkurse mit Kinderbetreuung sind nach wie vor schwer auf die Beine zu stellen, da eine qualifizierte Kinderbetreuung durch das BAMF nicht kostendeckend finanziert wird. Eine mögliche Lösung wäre ein städtisches Kita-Kontingent.</p>	<p>und durch langfristige, verbindliche Verträge. Verbindliche vertraglich abgesicherte Finanzierungszusagen geben nicht nur der Stadt und den Betroffenen Planungssicherheit, sondern auch den Trägern und Beschäftigten in diesem Bereich.</p>			
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

c) Wie können Sie eine schnellere Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitserlaubnis gewährleisten? Welche Möglichkeiten der Hilfestellung können Sie anbieten, um Geflüchteten den Einstieg in den Arbeitsprozess zu erleichtern?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Wir setzen auf eine digitale Verwaltung, die Anträge schnell und effizient bearbeitet. Die hierfür nötigen Kapazitäten müssen geschaffen werden. Der Einstieg in den Arbeitsprozess wird durch die Agentur für Arbeit unterstützt und begleitet. Alle nötigen Informationen und Ansprechpartner können dabei schon bereits im Antragsprozess zur Verfügung gestellt werden</p>	<p>Der Integrationpoint beim Jobcenter hat sich bewährt. Sein Angebot müsste ausgeweitet werden.</p>	<p>Die von der Rathaus-Koalition durchgesetzte Kürzungspolitik in der städtischen Verwaltung (Personaldeckel) hat zu großer Arbeitsüberlastung bei den Beschäftigten geführt. Je dringender und je wichtiger die Anliegen sind, mit denen sich Menschen an die Verwaltung wenden, um so schlimmer ist es, wenn diese sie nicht zeitnah bearbeitet. Untrügliche Belege für die Überlastung sind der enorme Überstundenberg, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung vor sich herschieben, die hohe Zahl der Belastungsanzeigen und der hohe Krankenstand. Notwendig ist daher nicht nur der Verzicht auf weiteren Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, sondern auch die Erstellung eines Personalaufbau- und Entwicklungsplans für die Stadt Bochum, der dem Bedarf entspricht, der gute Arbeitsbedingungen schafft und der die zeitnahe Abarbeitung der Aufgaben ermöglicht.</p> <p>Wir fordern außerdem die Ausnutzung aller kommunalen Spielräume zur Erteilung von Arbeitserlaubnissen und</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>siehe a)</p>

		<p>mehr Hilfestellung bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen. Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung soll eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung gewährt werden. Außerdem wollen wir den Tätigkeitsbereich der Bochumer Beschäftigungsgesellschaft gGmbH deutlich ausweiten. Die Gesellschaft soll breit aufgestellt die Aufgaben einer umfassenden Beschäftigungsförderung übernehmen. Sie muss befähigt werden, mit unterschiedlichen Ansätzen gesellschaftlich sinnvolle und tarifvertraglich abgesicherte kommunale Beschäftigung für Menschen aller Qualifizierungen und verschiedener Berufe zu schaffen. Finanziert werden soll die Arbeit über alle in Frage kommenden Fördermittel sowie Eigenmittel der Stadt Bochum.</p>			
--	--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

## 6. Kommunale Spielräume gegen Abschiebungen und Abschiebehaft nutzen

a) Wie werden Sie darauf hinwirken, dass illegalisierten Menschen der Wechsel in einen legalen Aufenthaltsstatus ermöglicht wird?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingskrise durch die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Mitteln und klaren Regeln bewältigen. Wer vor Krieg flüchtet, soll unbürokratisch humanitären Schutz erhalten, nach Wegfall der Fluchtgründe aber wieder in die alte Heimat zurückkehren. Verfolgte sollen Asyl bzw. Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention beantragen können. Unabhängig davon soll jedem der dauerhafte Zugang zu unserem Arbeitsmarkt nach den Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes offen stehen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir Freie Demokraten:</p>	<p>Wir haben uns bisher für die Stärkung von Beratungsstrukturen eingesetzt und werden dies auch weiter tun. Hier dürfte am ehesten ein Ansatzpunkt sein. Grundsätzlich ist eine Legalisierung nur durch den Gesetzgeber möglich (siehe Beispiel Spanien).</p>	<p>Dies zu erreichen ist ebenfalls eine Aufgabe des von uns geforderten kommunalen Bleiberechtsmanagements (Siehe Antwort 4a). Wir wollen außerdem Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen, damit die Betroffenen ihre rechtlichen Möglichkeiten auch nutzen können. Insgesamt wollen wir im Rathaus einen Kulturwechsel initiieren, der alle Beschäftigten dazu ermutigt, alle rechtlich zur Verfügung stehenden Spielräume im Sinne der Menschen zu nutzen.</p>	<p>Wir treten für eine weitgehende Nutzung der kommunalen Spielräume in diesen Bereich ein. Härten sollen vermieden, Gewaltanwendung darf es nicht geben. Dies gilt insbesondere für Abschiebungen aus Schulen, Krankenhäusern und vom Arbeitsplatz. Die Grund- und Menschenrechte sind unveräußerlich und grundsätzlich zu beachten.</p>	<p>Wie bereits unter 4.) beschrieben, legt die Stadt Bochum ihr Ermessen so aus, dass vielen Menschen in Bochum eine neue Heimat und damit die Integration in unsere Gesellschaft gegeben werden kann. Notwendige Abschiebungen werden behördlich durch das BAMF festgelegt, die Stadt Bochum ist hier zur Mitwirkung verpflichtet. Die SPD Bochum trägt die Arbeitsweise der Stadt Bochum seit Jahren mit und wird dies auch in Zukunft unterstützen. Unser Dank gilt hier allen Beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dies mit hohem humanitären</p>	<p>Die gesetzlichen Vorgaben sind von der Stadt umzusetzen und können von ihr auch nicht geändert werden.</p> <p>Insoweit städtisches Personal die gesetzlichen Vorgaben umsetzt, kann es hinsichtlich, des Umgangs mit geflüchteten Menschen, den bestehenden Ermessensspielräumen und den humanitären Implikationen von Abschiebungen rechtlich, sozial, aber auch psychologisch besser geschult werden. Ziel sollte es sein, Abschiebungen und Abschiebehaft, soweit möglich, zu vermeiden.</p> <p>Soweit ein „Spurwechsel“ möglich ist, sollte die Stadt diesem positiv gegenüber stehen und sich</p>

<ul style="list-style-type: none"> <li>• einen vorübergehenden humanitären Schutz für Kriegsflüchtlinge,</li> <li>• die Rückkehr zum Dublin-System, bis ein europäischer Verteilungsschlüssel in Kraft tritt,</li> <li>• den wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen statt einer Abhängigkeit von der Erdogan-Türkei,</li> <li>• ein modernes Einwanderungsgesetz mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild und</li> <li>• eine Bekämpfung der Fluchtursachen sowie eine bessere Versorgung von Flüchtlingen in Anrainerstaaten.</li> </ul>				Einsatz umsetzen müssen	dafür im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einsetzen, dass dieser genutzt werden kann.
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	-------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------

b) Bei Abschiebungen kommt es häufig zu unverhältnismäßigen Härten, z.B. durch Gewaltanwendung oder durch Abschiebungen aus Schulen oder Krankenhäusern. Wie stellen Sie sicher, dass im Vollzug der Ausreisepflicht Grund- und Menschenrechte nicht verletzt werden?

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
Damit der Großteil der Geflüchteten in Deutschland ein faires Verfahren erhalten	In den letzten Jahren sind uns keine Abschiebungen aus	Auch hier gilt: Wir fordern die Ausnutzung aller kommunalen Spielräume zur Verhinderung von Abschiebungen und Abschiebehäft. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan sind nicht mit	Siehe a)	Siehe a)	siehe a)

<p>kann, sind Abschiebungen von ausreiseflüchtigen Personen erforderlich. Unnötige Gewaltanwendungen lehnen wir ab.</p>	<p>Schulen oder Krankenhäusern in Bochum bekannt. Sollten unverhältnismäßige Härten gehäuft auftreten, könnte eine Ombuds- oder Beobachterperson benannt werden, die bei Abschiebungen anwesend ist.</p>	<p>den Menschenrechten vereinbar. Wir wollen eine kommunale Härtefallkommission für von Ausweisung und Abschiebung bedrohte Bochumerinnen und Bochumer einrichten sowie die Beratungsangebote verbessern. Darüber hinaus fordern wir die Erstellung eines Konzepts zur Sicherung des Aufenthaltsrechts, insbesondere für Langzeitgeduldete und Illegalisierte. Außerdem muss in Bochum gelten: Niemand sollte davor Angst haben müssen, zur Schule zu gehen oder notwendige ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. Kinder und Jugendliche während des Unterrichts aus Schulklassen abzuführen oder Kranke aus dem Krankenhaus abzutransportieren, um sie gewaltsam außer Landes zu schaffen, ist völlig inakzeptabel. Behörden der Stadt Bochum dürfen sich unserer Meinung nach daran nicht beteiligen.</p>			
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--

c) Welche Bedeutung messen Sie der offenen Perspektivberatung und der „freiwilligen“ Ausreise von ausreisepflichtigen Personen

FDP	Grüne	Linke	Soziale Liste	SPD	Stadtgestalter
<p>Die Perspektivberatung ist ein wichtiger Baustein, um Geflüchteten eine informierte und selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. Wir befürworten freiwillige Ausreisen von Ausreisepflichtigen. Sollten diese nicht erfolgen, muss die Ausreise auch gegen den Willen der ausreisepflichtigen Person durchgesetzt werden.</p>	<p>Als freiwilliges Angebot halten wir das für sinnvoll.</p>	<p>Wenn die Behörden von einer „freiwilligen“ Ausreise sprechen, sind sie meistens nicht ehrlich. Sobald der Staat mit Vertreibung oder dem Entzug des zum Überleben Notwendigsten droht, kann von Freiwilligkeit eigentlich keine Rede sein. Um das notwendige Vertrauen in soziale Beratungsangebote nicht zu gefährden, müssen sie unserer Auffassung nach parteilich für die Klientinnen und Klienten arbeiten und auf tatsächlicher Freiwilligkeit beruhen. Beratungsangebote, die nicht nur das Wohl der Betroffenen, sondern auch die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele im Blick haben, sorgen außerdem dafür, dass sich die Sozialarbeiter*innen in einem schwierig aufzulösendem Zielkonflikt befinden. Wir treten ein für eine Stadt, die sich für alle Menschen verantwortlich fühlt, die in ihr leben – und für</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>	<p>Siehe a)</p>

		Beratungsangebote, bei dem sich Personen in schwierigen Lebenssituationen sicher sein können, dass es um ihre Interessen geht.			
--	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--